



Susanne Kastner, MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

PRESSEMITTEILUNG

27. Februar 2008

Schließung ist ein klarer Wortbruch

Susanne Kastner hält Aus für Rudolf-Wissell-Klinik für großen Fehler

Bad Kissingen/Berlin Für eine Fehlentscheidung hält Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner die am Dienstag beschlossene Schließung der Rudolf-Wissell-Klinik in Bad Kissingen. Das Haus mit 180 Betten werde ohne jede wirtschaftliche Not zum Ende des ersten Quartals 2009 aufgegeben.

„Die Deutsche Rentenversicherungsanstalt Berlin-Brandenburg begeht mit der Schließung der Rudolf-Wissell-Klinik ganz klar Wortbruch.“ Susanne Kastner packt den Unmut über die Entscheidung, die von den Verantwortlichen am Dienstag in Frankfurt/Oder getroffen wurde, in deutliche Worte. „Es war zugesagt worden, dass die drei Kliniken erhalten bleiben.“ Ein Versprechen, das plötzlich nicht mehr gelten soll, obwohl die Rudolf-Wissell-Klinik wirtschaftlich auf gesunden Füßen steht. „Die Klinik ist fast immer voll belegt“, erklärt die Bundestagsvizepräsidentin. Die gute Auslastung hatte auch ein Sprecher des Rentenversicherers am Dienstag bestätigt. „Für eine Schließung gibt es keinen vernünftigen Grund. Sie ist ein großer Fehler“, macht die SPD-Politikerin klar.

Die von den Verantwortlichen als Argument für das Aus angeführten nötigen Investitionen in Höhe von gut zwölf Millionen Euro hält Susanne Kastner für einen vorgeschobenen Grund. „Das ist wesentlich weniger als für den Bau einer neuen Klinik an anderer Stelle ausgegeben werden müsste.“ Außerdem könne sie nicht verstehen, warum in Bad Kissingen bereits sechs Millionen Euro investiert wurden, wenn man das Haus jetzt aufgibt. Die wahren Gründe für die Schließung seien andere. „Den Verantwortlichen geht es einzig und allein darum, die Auslastung ihrer Kliniken in Brandenburg zu verbessern.“

Für die leeren Betten dort müssen jetzt die 110 Beschäftigten in Bad Kissingen büßen. „Die Deutsche Rentenversicherungsanstalt Berlin-Brandenburg ist in der Pflicht, sich um eine sozial verträgliche Lösung für die Mitarbeiter zu bemühen.“ Dazu gehört für die Bundestagsvizepräsidentin vor allem das Bemühen um eine vernünftige Nachnutzung. „Die von der Schließung betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen möglichst schnell eine berufliche Perspektive.“ Das kann ebenso ein neuer Investor für die Klinik sein, wie eine Anstellung bei einem anderen Rentenversicherer.

„Gespräche mit der Vorstandsebene des Rentenversicherers sind wichtig“, begrüßt Susanne Kastner den Termin am 14. März 2008 mit der stellvertretenden Geschäftsführerin. In den vergangenen Wochen hatte sich Kastner in Gesprächen und Briefen bei den Mitgliedern des Vorstands immer wieder für den Erhalt der Rudolf-Wissell-Klinik stark gemacht. Ein Engagement, das mit der Schließung der Klinik nicht beendet ist. „Ich werde mich weiter für die Beschäftigten einsetzen und bei den Verantwortlichen auf schnelle und vernünftige Lösungen drängen.“